

Kleine Anfrage

der Abgeordneten König (DIE LINKE)

und

Antwort

des Thüringer Innenministeriums

Ausbau eines Neonazi-Zentrums in Kahla?

Die **Kleine Anfrage 2228** vom 19. März 2012 hat folgenden Wortlaut:

Im Rahmen meiner Abgeordnetentätigkeit wurde ich auf den möglichen Ausbau eines Neonazi-Zentrums in Kahla aufmerksam gemacht. Es handelt sich um das Objekt "Burg 19" in Kahla.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie ist der derzeitige Stand der Besitzverhältnisse des Gebäudes, gehört das Objekt bereits einem Angehörigen der rechtsextremen Szene?
2. Sind der Landesregierung Bestrebungen von Neonazis bekannt, das Gebäude mit der Anschrift "Burg 19" in Kahla zu einem Neonazi-Treff auszubauen?
3. Ist der Landesregierung bekannt, aus welchen Regionen und Strukturen sich Neonazis im Objekt "Burg 19" bereits niedergelassen haben, dies planen oder am Ausbau beteiligt sind?
4. Welche Erkenntnisse liegen über den aktuellen Stand des Ausbaus vor?
5. Besitzt die Landesregierung Kenntnisse über dort bereits stattgefundenere Treffen und Veranstaltungen der neonazistischen Szene (bitte auflisten nach Datum, Kontext, Teilnehmerzahl)?
6. Liegen der Landesregierung Kenntnisse darüber vor, dass der Gründer der 1980 verbotenen militanten und neonazistischen Wehrsportgruppe Hoffmann, Karl-Heinz Hoffmann, in den Aufbau des Objekts oder den Besitzverhältnissen involviert ist?
7. Welche Unterstützung hat die Landesregierung der dortigen Gemeindeverwaltung und Ordnungsbehörde bisher angeboten? Welche konkreten Maßnahmen sind in diesem Sinne erfolgt oder geplant?

Das **Thüringer Innenministerium** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 7. Mai 2012 wie folgt beantwortet:

Zu 1.:

Das Objekt wurde von zwei der rechtsextremistischen Szene zuzurechnenden Personen ersteigert. Für diese Personen wurde im Grundbuch eine Auflassungsvormerkung eingetragen, sie sind noch keine Eigentümer.

Zu 2.:

Hierüber liegen bisher keine Erkenntnisse vor.

Zu 3.:

Gegenwärtig sind unter der Adresse vier erwachsene Personen gemeldet, von denen zwei deutliche Bezüge zum rechtsextremistischen Spektrum aufweisen. Diese beiden Personen leben in einer Partnerschaft. Der Mann stammt aus Brandenburg und war vorher in Berlin gemeldet. Die Frau stammt aus Bayern und war vorher in Rheinland-Pfalz wohnhaft. Sie war Beschuldigte der Durchsuchung, die am 13. März 2012 in dem Objekt stattgefunden hat und zu der in der Sitzung des Innenausschusses am 27. April 2012 berichtet wurde. Die Frau wird verdächtigt, der kriminellen Vereinigung "Aktionsbüro Mittelrhein" anzugehören.

Zu 4.:

Erkenntnisse über geplante Baumaßnahmen liegen nicht vor.

Zu 5.:

Hierüber liegen keine Erkenntnisse vor.

Zu 6.:

Hierüber liegen keine Erkenntnisse vor.

Zu 7.:

Es wird auf die Antworten zu den Fragen 2 bis 4 sowie die Antwort zu Frage 6 verwiesen.

Für die Kommunen in Thüringen besteht die Möglichkeit, zur Bekämpfung rechtsextremistische Tendenzen auch auf die Präventionsangebote der Landesregierung zurückzugreifen. Nur beispielhaft ist an dieser Stelle der "Handlungsleitfaden für kommunale Entscheidungsträger in Thüringen" zu nennen, der bereits im Juni 2008 der Öffentlichkeit vorgestellt wurde. Dieser soll ermutigen und dazu beitragen, auf kommunaler Ebene den rechtlichen Rahmen im Umgang mit rechtsextremistischen Aktivitäten auszuschöpfen und diese dadurch zu verhindern. Indem er die wichtigsten Problembereiche im Umgang mit dem Rechtsextremismus zusammenstellt, verfolgt er das Ziel, Maßnahmen gegen Bestrebungen von Rechtsextremisten unmittelbar vor Ort weiter zu intensivieren. Der Leitfaden zeigt einige Komplexe des Handelns von Rechtsextremisten auf kommunaler Ebene auf und hält Handlungsempfehlungen zu den gängigsten Sachverhalten bereit. So werden unter anderem etwa Möglichkeiten des Vorgehens bei vermuteten Immobilienscheinkäufen, rechten Demonstrationen, Anwerbeversuchen bei Jugendlichen mittels rechtsextremistischer Musik oder auch der Umgang mit Wortmeldungen von Rechtsextremisten in öffentlichen Veranstaltungen angesprochen.

In Vertretung

Rieder
Staatssekretär